Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

7.1.1864 (No. 5)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 7. Januar.

Nr. 5.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1864.

Telegramme.

△ **Frankfurt**, 6. Jan. Das hiesige Wagner'sche telegraphische Korrespondenzbureau meldet: „Sicherm Vernehmen nach beabsichtigen Oesterreich und Preußen das Einschreiten des Bundestags gegen den Ausschuß der Abgeordnetenversammlung und dessen geschäftsleitende Kommission zu beantragen. An mehrere Regierungen sollen Noten ergangen sein, welche energische Maßregeln gegen die über ganz Deutschland verbreitete Bewegung fordern."

Dresden, 5. Jan. (W. T.-B.) In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer gab Hr. v. Beust die Erklärung ab: Die Abstimmung Sachsens bezüglich des Aufenthalts des Herzogs Friedrich in Holstein sei abweichend von der Präsidialproposition; sie sei aus Rücksichtsnahme auf die Verantwortlichkeit der Bundeskommissäre geflossen und ändere nicht das Geringste an der Haltung Sachsens in rechtlicher und politischer Beziehung. Zugleich sprach der Minister die Hoffnung aus, die Majorität am Bunde werde sich für die Augustenburgischen Ansprüche entscheiden, und bestätigte die in der württembergischen Abgeordnetenkammer gegebene Erklärung des Hrn. v. Hügel.

† **Kiel**, 5. Jan. Die Dänen legten dem südost-schleswig'schen Güterdistrikt „dänischer Wohld" ungeheure Requisitionen auf, namentlich Stellung von 300 zweispännigen Wagen und Lieferung von 3 Millionen Pfund Stroh nach Schleswig.

Aus Kopenhagen wird gemeldet, daß der Prinz Karl von Glücksburg in aller Form seinem Bruder als König von Dänemark und Herzog von Schleswig-Holstein gehuldigt hat. Der „Flensburg. Ztg." zufolge ist der Landvogt Grogh zum Minister für Schleswig ernannt worden und bereits nach Kopenhagen abgereist.

Deutschland.

Frankfurt, 4. Jan. (Köln. Ztg.) Die für heute erwartete Bundestags-Sitzung hat nicht stattgefunden; was wohl zunächst für einen Beweis gelten kann, daß man im Ausschuß eine Einigung über die den Bundeskommissären in Betreff des Herzogs Friedrich zu ertheilende Instruktion noch nicht erzielt hat. — Die Gründe für die Verzögerung des Ausschußberichtes über die Successionsfrage dürften schwer richtig anzugeben sein. Wenn es auch nicht richtig ist, daß Hr. v. d. Pfordten seinen Bericht schon drei Tage, nachdem ihm der Auftrag geworden, „vollendet" gehabt haben soll — was seinen eigenen Aeußerungen in dem am 28. Novbr. erstatteten Vortrage über die Suspendirung der holsteinischen Stimme widerspricht —, so ist doch so viel sicher, daß er mit seinem Resultate (dem Rechte der Augustenburger günstig) bereits fertig ist. Der formelle Abschluß des Berichtes im Ausschusse soll aber Zögerungen von Seiten der beiden Großmächte begegnen.

Frankfurt, 4. Jan. Man telegraphirt der „Presse": Preußen hat in Wien vorgeschlagen, am Bunde zu beantragen, daß der eventuelle Vollzug der Pfandnahme Schleswigs ausschließlich in die Hände der beiden Großmächte gelegt werde.

Frankfurt, 5. Jan. Die „Europe" weiß diesen Abend von einer neuen Note zu berichten, welche der brittische Gesandte hierselbst, Sir A. Malet, im Namen des Earl Russell an den Deutschen Bund gerichtet habe, um behufs einer friedlichen Ausgleichung der deutsch-dänischen Streitfrage neuerdings den Zusammentritt einer Konferenz zu empfehlen. Earl Russell stelle Deutschland geradezu die Alternative: entweder Annahme der Konferenz mit ihren friedlichen Aussichten, oder Ablehnung dieser Konferenz mit allen Gefahren des Krieges.

Die „Const. Oesterr. Ztg." bringt folgendes Telegramm von hier: Frankfurt, 2. Jan. Der russische Gesandte erhielt telegraphisch die Mittheilung aus St. Petersburg, daß eine Note des Fürsten Gortschakoff abgegangen ist, worin die Regierung ähnlich wie die englische ihren Standpunkt darlegt: Rußland hält fest am Londoner Vertrage, und macht das dem Deutschen Bunde bekannt.

Aus der bayrischen Rheinpfalz, 2. Jan. Am 30. v. M. hat in Neustadt a. d. H. eine Versammlung in Sachen Schleswig-Holsteins stattgefunden, welche von Vertretern der Kantone Ludwigshafen, Neustadt, Dürkheim, Grünstadt, Edenkoben und Frankenthal besucht war. Es wurde beschlossen, sofort einen Schleswig-Holstein-Verein für die ganze Pfalz in's Leben zu rufen, und demgemäß wurden Statuten, aus 3 Paragraphen bestehend, angenommen. Ein Ausschuß, vorläufig aus 11 Mitgliedern bestehend, wird sich aus Angehörigen aller Kantone ergänzen und die weitern Schritte zur Bewerkstelligung von Geldsammlungen für Schleswig-Holstein sofort einleiten. Der geschäftsführende Ausschuß wird seinen Sitz in Neustadt haben.

München, 4. Jan. Der Nachricht eines Augsb. Lokalblattes, daß die Versetzung des königl. Regierungspräsidenten, Frhrn. v. Lerchenfeld zu Augsburg, in einen andern Kreis als gesichert zu betrachten sei, wird in der „Bayer. Ztg." „aus bester Quelle" mit dem Beifügen widersprochen, daß zu einer solchen Versetzung ein Grund überhaupt nicht bestehe, „am allerwenigsten aber aus den jüngsten Einschreitungen gegen den Augsburger Verein für Schleswig-Holstein abzuleiten wäre, in deren Durchführung Frhr. v. Lerchenfeld lediglich seiner Pflicht genügt hat und wobei es sich nicht um seine, sondern ausschließlich nur um die Verantwortlichkeit des vorgesetzten k. Staatsministers des Innern handeln kann."

München, 4. Jan. (A. Ztg.) Der Ausschuß des großdeutschen Reformvereins hat in seiner heutigen Abendsitzung beschlossen, der am nächsten Donnerstag zusammentretenden Generalversammlung die folgenden Resolutionen zur Annahme vorzuschlagen:

In voller freudiger Uebereinstimmung mit dem in der schleswig-holsteinischen Sache vom 21. v. M. von beinahe 500 Mitgliedern deutscher Landesvertretungen mit erhebender Einmüthigkeit in erster Linie gefaßten Beschluß, erkennt der großdeutsche Reformverein in München zur Erreichung des durch diesen Beschluß angestrebten Zieles jedes — auch das größte Opfer als heilige Pflicht. Das Verlangen nach Schaffung einer deutschen Volksvertretung gehört zu den wesentlichsten Theilen seines Programmes und seiner seitherigen Thätigkeit. Im übrigen spricht der Verein bei dermaliger Lage Folgendes als seine Ueberzeugung aus: 1) Bezüglich der Einsetzung eines ständigen Zentralausschusses ist der von Frhrn. v. Lerchenfeld und Genossen in ihrer bekannten Erklärung kundgegebenen Anschauung beizupflichten. 2) Es kann dabei nicht mißkannt werden, daß die Haltung der deutschen Großstaaten, welche von der immensen Majorität im Volk als Preisgebung der Rechte und der Ehre Deutschlands empfunden wird, dazu geeignet ist, auch den besonnensten Vaterlandsfreund mit tiefster Besorgniß zu erfüllen, und die Scheu des Volks vor Uebergriffen zu vermindern. 3) Bei der wohlbegründeten Voraussetzung, daß Bayern und seine gleichgesinnten Bundesgenossen in ihren echtdeutschen Bestrebungen verharren, und ihre Thätigkeit folgerecht entwickeln werden, ist jeder solche Uebergriff, abgesehen von der Frage der Gesetzlichkeit, schon wegen seiner für die heilige Sache nachtheiligen Wirkung verwerflich.

Augsburg, 5. Jan. Die „Allgem. Ztg." bemerkt zu der jüngsten Auslassung der Wiener „Generalkorrespondenz" über die schleswig-holsteinische Frage (s. „Karlsr. Ztg." Nr. 3):

Zunächst spricht der Artikel von einer Vermengung der Erbfolge-Frage mit dem Verfassungsstreit: aber wenn eine Vermengung stattgefunden hat (während nach dem Tode Friedrich's VII. die im Zuge befindliche Exekution in Okkupation zu verwandeln und die Erbfolge-Frage, wie Hr. Hall sowohl als Kaiser Napoleon mit einer Menge deutscher Stimmen hervorgehoben haben, vorweg zu entscheiden gewesen wäre), so hat Niemand anders als Oesterreich und Preußen durch ihren Antrag vom 7. Dez. und die damit in Verbindung stehende Nöthigung diese Vermengung und Verwirrung herbeigeführt. Wenn der Artikel ferner hervorhebt, daß England eine Warnung ausgesprochen habe, welcher gewiß die Drohung folgen werde, so war es Sache eines österreichischen Organs, diese Drohung auf ihren Werth zurückzuführen, und vor Allem zu sagen, ob die Forderung Englands eine berechtigte war; statt dessen wird uns erörtert, und zwar verfehlt erörtert, daß England zwischen Nord- und Ostsee eine Stellung à cheval habe, und daß Englands bisher unbestrittener Einfluß auf der Nordsee eine Lebensfrage für dieses Reich sei, während das Baltische Meer kaum eine geringere Wichtigkeit für Englands Weltstellung habe. Wir sind erstaunt über diese Darlegung. [Eben so erstaunt mögen wir sein, daß vollkommen ignorirt wird, daß auch Deutschland in Nord- und in Ostsee allernächste Interessen hat, welche die vielberufenen am Po weit überwiegen, und neben denen auswärtiger Mächte eines Wortes und sogar des Vorrangs werth sind.] Daß Englands „Einfluß" in bezeichneter Gegend eine Folge seiner Weltstellung ist, wußten wir wohl; für die Behauptung aber, daß die verhältnißmäßig geringfügigen Gewässer der Nord- und Ostsee seine Weltstellung bedingen, würde England sich dankbar beweisen müssen, wenn es nicht darüber zu lächeln hätte. Ob Kiel in der Hand Dänemarks oder Deutschlands sich befindet, erschüttert Englands Weltstellung wahrlich nicht. Ob Kopenhagen freundlich oder feindlich gegen die Weltmacht England denkt, macht nach der Erfindung der Panzerschiffe keinen großen Unterschied. Der Nachtheil, welchen ein Krieg mit Deutschland England bringt, wird unläugbar geringer sein als der, welchen Deutschland dabei erleidet; doch selbst den geringern Schaden wird England um des für diese Macht geringfügigen Objekts willen nicht wagen wollen, wenn Deutschland sich fest zeigt. Aber wenn sich zwei deutsche Großmächte schon vor einer englischen „Warnung" zurückziehen, so ist es der Mühe werth, in Foreign Office Noten zu schreiben.

Allerdings werden Oesterreich und Preußen bei eintretender kriegerischer Verwicklung zusammen zwei Drittheile der Last zu tragen haben; auf Oesterreich selbst fällt jedoch nur ein Drittheil, was bei der absichtlichen Aufstellung jener zwei Drittheile eben so ausdrücklich hervorgehoben werden mag. Als sich im Jahr 1859 die Stimme in ganz Deutschland, außer Preußen, dafür erhob, Oesterreich Hilfe zu leisten, ist die Bewegung in Wien kein tumultuarisches Vorwärtsdrängen genannt worden. Man hat damals nicht darauf hingewiesen, daß der Bund zur Erhaltung der innern Sicherheit gegründet wurde; und um Erhaltung der äußern Sicherheit Deutschlands und der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der einzelnen Staaten handelt es sich gegenwärtig, wo die Unabhängigkeit Holsteins von Dänemark und die Unverletzlichkeit seiner Rechte auf Schleswig bedroht ist. Selbst die Hilfe des einen Drittheils von Deutschland, welches jetzt zwei Drittheilen der Bundesleistung gegenüber steht, wurde während des italienischen Kriegs als eine willkommene Hilfe betrachtet, während jetzt auf die „schwächern Bundesgenossen" hingewiesen wird.

Während Oesterreich in seiner Reformakte — sagen wir es offen — für seine auswärtigen Kriege die deutsche Bundeshilfe durch einfachen Mehrheitsbeschluß zu erlangen wünschte, während Bundeskrieg bei einer Gefährdung des Deutschen Bundes von zwei Dritteln der Stimmen abhängig bleiben sollte, wurde in Frankfurt nicht so geringschätzig von den kleinen deutschen Bundesgliedern und so hochfahrend von dem höhern Standpunkt gesprochen, welchen die mächtigern Bundesglieder einnehmen, wie die „Generalkorrespondenz" sich heute herausnimmt. Das Aergste ist freilich, daß die Regierungen von Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden u. s. w., die sich mit ihren Völkern eins wissen in der vorliegenden Frage, und die Beweise dafür so wenig unterdrücken, wie die Kundgebungen, welche für die jüngsten österreichischen Bundesreform-Vorschläge laut wurden, beschuldigt werden: „wenn man die Macht dazu habe", Annexionen machen zu wollen und die Zerreißung des unschuldigen Dänemarks zu beabsichtigen. Wir behaupten, daß, wenn die deutschen Großmächte nicht nur gestatten, sondern daran festhalten, daß legitime Herrscherrechte und verbrieste Rechte der holsteinischen Stände durch das Londoner Protokoll zerrissen werden, die Legitimität aller Kronen von Gottes Gnaden damit einen Stoß erfährt, wie er bisher von Männern durch Volkswahl noch nicht geführt wurde.

Die Aufopferung Schleswig-Holsteins vor einem drohenden Krieg würde schmachvoll sein, während die Aufopferung deutscher Provinzen an Frankreich, welche so oft als demüthigender Verlust beklagt wurde, doch immer erst nach unglücklich geführten Kriegen geschah. Mailand ging nach einem unglücklichen Feldzug für Oesterreich verloren — die „General-Korresp." muthet Deutschland und seinen beiden Großmächten zu, Schleswig-Holstein ohne Schwertschlag preiszugeben.

Leipzig, 4. Jan. (D. A. Z.) Gestern tagte hier eine Versammlung von Vertretern von Schleswig-Holstein-Ausschüssen aus verschiedenen Theilen Sachsens. Etwa 20 Städte und Ortschaften waren vertreten (Dresden, Leipzig, Chemnitz, Plauen, Glauchau, Zwickau, Werdau, Crimmitzschau, Frankenberg, Meerane, Löbau, Großschönau u. s. w.). Es ward ein Statut für die Organisation der Ausschüsse vereinbart, zum Gesammtausschuß oder Vorort für Sachsen der Leipziger Ausschuß bestellt, Absendung der Gelder an den Frankfurter Zentralausschuß beschlossen, und schließlich eine Resolution angenommen, welche mit der Anerkennung der bisherigen Politik der Regierung in der schleswig-holsteinischen Sache die Erwartung verband, daß dieselbe auf dem gleichen Wege bis zur völligen Durchführung und Sicherung des guten Rechts der Herzogthümer auf Trennung von Dänemark und staatliche Unabhängigkeit unter einem eigenen deutschen Fürstenhause standhaft beharren und unbeirrt vorangehen werde, sowie die Erklärung, daß für diese Sache das Volk zu jedem Opfer entschlossen sei.

Hamburg, 2. Jan. (Deutsch. Allg. Ztg.) Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, hat sich der Senat für die Anerkennung des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein entschieden; jedoch soll diese Anerkennung nicht auf unmittelbarem, sondern auf mittelbarem Wege, nämlich durch die hoffentlich alsbald erfolgende Abstimmung auf dem deutschen Bundestage ausgesprochen werden.

Hamburg, 4. Jan. Der „Hamb. Korresp." meldet: Für die dänischer Seits einberufenen Holsteiner haben die Bundeskommissar-Behörden Gegenbefehle ertheilt. — Es verlautet gerüchtsweise, daß 400 schleswigsche Soldaten vom Dannewerk desertirt und über die zugefrorne Eider in Rendsburg eingetroffen seien.

Altona, 1. Jan. (Sch. M.) Viele der holsteinischen Soldaten, die in Ploen die Waffen senkten, haben sich bereits beim Major Zeska in Hamburg bereit erklärt, in einer neu zu bildenden schleswig-holsteinischen Armee einzutreten. Es sind ihnen hier auf Kosten des Hamburger Schleswig-Holstein-Komitee's Wohnungen angewiesen, da die Hamburgische Polizei erklärt hat, in keiner Weise Vorbereitungen zu einer zu bildenden Armee dulden zu können.

Altona, 3. Jan. (Tel. d. Wien. Sonntagsztg.) Unter der dänischen Armee in Schleswig sollen Meutereien, veranlaßt durch jütländische Reservemänner, ausgebrochen sein. Ein Kriegsrath hat das Standrecht gegen holsteinische Deserteure nicht zu proklamiren gewagt. Die Aussichten für den Kriegsfall sind sehr günstig; die Gewässer und überschwemmten Moore im Westen, welche die dänischen Werke decken sollen, sind festgefroren.

Kiel, 2. Jan. (Hamb. Nachr.) Die Umgebung des Herzogs Friedrich besteht gegenwärtig aus den HH. Geh. Staatsrath Francke, Geh. Hofrath Sammer, Major Schmidt (Hofchef), Graf L. Reventlow, Graf Rantzau, Dr. Karl Lorentzen und Hrn. du Plat (Sohn des Obersten du Plat, welcher das Kriegsdepartement in Gotha leitet). — Heute waren wiederum verschiedene Huldigungsdeputationen aus dem Lande hier (aus Rendsburg Advokat Wiggers und Apotheker Lehmann). — Der Professor der orientalischen Sprachen an unserer Universität, Dr. Dillmann, hat einen Ruf an die Universität Gießen angenommen und wird zu Ostern dahin abgehen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Kiel, 3. Jan. (Hamb. Nachr.) Gestern Abend traf bei Herzog Friedrich telegraphisch die Nachricht von der Abstimmung am Bunde über die Ausweisung des Herzogs aus Holstein ein. Wäre ein, dem Präsidialantrag entsprechender Beschluß gefolgt, was dann? Auf welche Weise hätte man den Herzog, der sicher nicht gutwillig gegangen wäre, aus seinem Lande und von seinem Volke treiben wollen, das sich in einer Weise für ihn ausgesprochen hat, wie es wohl kaum ähnliche Fälle in der Geschichte gibt? — Gestern ist der Kabinetsrath Dr. Tempeltey bei Herzog Friedrich eingetroffen. — In der ländlichen Bevölkerung des Landes ist die Erbitterung gegen die Dänen durch die Pferdeerpressung sehr hoch gestiegen. Unsere Bauern sind sonst politisch nicht leicht beweglich, erklären aber jetzt, es müsse Alles daran gewandt werden, das Land von Dänemark zu befreien. Durch die starke Pression des (jetzt fortgegangenen) Oberbeamten haben die Aemter Bordesholm und Cronshagen Pferde gestellt; sie haben jetzt zum Schaden noch den Spott gegenüber dem Amte Kiel, das sich energisch geweigert hatte und so dem Verlust entgangen ist.

Aus Holstein, 4. Jan. Die Vorstellung des Korps der schleswig-holsteinischen Prälaten und Ritterschaft von den in Holstein ansäßigen Mitgliedern dieses Korps an die deutsche Bundesversammlung, welche in einer Versammlung am 28. Dezbr. beschlossen wurde, schließt also:

Hochdieselbe wolle bei Entscheidung der Erbfolge-Frage das Recht des Herzogthums Holstein aufrecht erhalten, den Erbprinzen Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg als rechtmäßigen Herzog von Schleswig-Holstein anerkennen und das Recht des Herzogthums Holstein wie seines Fürsten auf die vollständige und unzertrennliche Verbindung Holsteins mit dem Herzogthum Schleswig schützen!

Lauenburg, 31. Dez. (Nat.-Ztg.) Die von hiesigen Bürgern und Wahlmännern beim Landsyndikus in Ratzeburg zu Protokoll gegebene Verwahrung gegen die vom Landtag beschlossene Huldigungsadresse erkennt den Deutschen Bund als einzige Instanz für die Erbfolge-Frage an. Es heißt schließlich:

Indem wir hiermit unsere wahre Meinung kund geben und unser gutes Recht wahren, treten wir dadurch zugleich allen übergreifenden Schritten entgegen, von welcher Seite sie auch kommen mögen. Wir erklären hier der Wahrheit gemäß, daß unsere Stadt bisher in völliger Ruhe den Lauf der Dinge abgewartet hat und lediglich erst durch den erwähnten Beschluß der Ritter- und Landschaft in Besorgniß und Aufregung versetzt ist. Wir können daher nicht umhin, in jenem Beschlusse die alleinige Ursache der hier herrschenden Aufregung zu erblicken und denselben für alles Vorfallende verantwortlich zu machen.

Lauenburg, 1. Jan. (Hamb. Nachr.) Die protestirende Vorstellung gegen den Beschluß der Ritter- und Landschaft in Betreff der bedingungslosen Huldigung für König Christian IX. von Dänemark von den am 27. Dez. versammelt gewesenen Bürgern und Wählern Lauenburgs geht morgen an die Bundeskommissäre nach Altona ab, und gleichzeitig wird an diese der Antrag gestellt, jenen Beschluß der Ritter- und Landschaft, weil rechts- und gesetzwidrig getroffen, für null und nichtig zu erklären.

Schwarzenbeck (in Lauenburg), 2. Jan. (Hamb. N.) Heute versammelten sich die Bewohner des Schwarzenbecker Wahldistrikts, um eine Verwahrung einzulegen gegen den bekannten Beschluß der Ritter- und Landschaft vom 23. Dezember, sowie ihre Ueberzeugung dahin auszusprechen, daß nur der deutsche Bundestag über die in dem deutschen Bundeslande Lauenburg giltigen Erbrechte zu bestimmen habe. Diese Eingabe wurde von fast allen anwesenden Bauervögten und Dorfdeputirten unterschrieben, und ferner beschlossen, daß eine beglaubigte Abschrift derselben den Bundeskommissären in Altona übergeben werden solle.

Flensburg, 2. Jan. (Flensb. Ztg.) Es war hier bereits vorgestern auf telegraphischem Wege bekannt, daß der König und der Kronprinz auf der Durchreise nach Schleswig hier gestern gegen Mittag eintreffen würden. Die Kirchthürme, Mühlen, Schiffe, alle öffentliche und viele private Häuser hatten sich daher schon vom Morgen an mit dem Dannebrog geschmückt. Kurz vor 12 Uhr kam das königl. Dampfschiff „Sleswig" in Sicht und legte bei der Dampfschiffbrücke an, die mit Fahnen dekorirt und mit großen Volkshaufen angefüllt war. Der König und der Kronprinz fuhren in einem offenen zweispännigen Wagen vom Norderthor durch die Stadt zum Bahnhofe, überall von der Volksmenge mit Hurrahruf und Hutschwenken freudig begrüßt. Am Bahnhof spielte die Musik der 2. Brigade die Nationalmelodie, als der König mit einem Gefolge von 10 bis 12 Wagen dort ankam, wo sich die Autoritäten und Stadtkollegien eingefunden hatten. Nach einem Aufenthalt von kaum einer Stunde wurde die Reise nach Schleswig fortgesetzt.

Berlin, 4. Jan. Beim Beginn der heutigen Sitzung des Hauses der Abgeordneten richtete Präsident Grabow einige begrüßende Worte an die Mitglieder des Hauses aus Anlaß des Jahreswechsels. Er wies hin auf die siegende Wiedererstehung des Vaterlandes vor 50 Jahren, und sprach dann die Hoffnung aus, daß in dem begonnenen neuen Jahre unsere Wünsche für das engere, wie für das weitere Vaterland in Erfüllung gehen möchten.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Etat des Ministeriums des Innern für 1864. Die Budgetkommission beantragt, die zu geheimen Ausgaben im Dienst der Polizei geforderten 35,000 Thlr. zu streichen. Abg. v. d. Heydt: Die Summe sei an sich nothwendig, und wenn das Geld nicht bewilligt werde, so werde die Verwaltung geschädigt; er hebe aber auch hervor, daß die Regierung wohl berechtigt sein würde, das Geld auch trotz eines verneinenden Votums des Hauses auszugeben. Abg. Graf Schwerin: Auch er sei für die Bewilligung; den bekannten Ansichten des Vorredners über das Budgetrecht des Hauses müsse er jedoch entschieden entgegen treten; auch sei er nicht der Meinung, daß die Staatsmaschine still stehen würde, wenn das Geld nicht bewilligt würde. Abg. Waldeck: Die Bewilligung solcher geheimen Fonds werde in allen konstitutionellen Ländern als ein Vertrauensvotum für das Ministerium betrachtet; wie könne man also dem gegenwärtigen Ministerium das Geld bewilligen? Man würde ihm dadurch nur die Waffen gegen das Land in die Hand geben. Abg. Dr. Lette: Diese Gelder würden gegen die Freiheit des Landes verwandt; man dürfe sie nicht bewilligen. Abg. v. Bonin: Der Minister des Innern könne, als Chef der Sicherheitspolizei, dieses Geld nicht entbehren; was die konstitutionellen Freiheiten des Landes betreffe, so werde man dieselben mit 35,000 Thlr. sicherlich nicht vernichten können. Die betreffende Position wird hierauf mit sehr großer Majorität gestrichen.

Unterm 20. Okt. 1862 hat das Haus beschlossen, die Staatsregierung aufzufordern, den mit dem Kuratorium des Rauhen Hauses abgeschlossenen Vertrag wegen Ausbildung von Gefangenwärtern und Lehrern für die Strafgefängnisse nicht wieder zu erneuern. Der betreffende Vertrag ist indessen gleichwohl wieder erneuert und es werden für die Ausbildung von 36 Gefangenwärtern in der genannten Anstalt jetzt wieder 2040 Thlr. gefordert, welche die Kommission zu streichen beantragt. Der Regierungskommissar und Schöpfer des Rauhen Hauses, Wichern, hebt die Brauchbarkeit der Brüder für den betreffenden Dienst besonders hervor. Abg. Lette spricht dagegen und der Abg. v. Bunsen ist der Meinung, daß es an der Zeit sei, auf Grund des Art. 82 der Verfassung eine kommissarische Untersuchung über die ganze Frage, beziehungsweise den Zustand des Gefängnisses zu Moabit, eintreten zu lassen und bis dahin den Beschluß über die die Brüder des Rauhen Hauses betreffende Frage auszusetzen. Abg. Parrisius: Die Brüder des Rauhen Hauses könnten als Gefangenwärter ganz gut sein, aber sie hingen einer bestimmten religiösen Richtung an; sie seien, wie ihr Vorstand selbst zugegeben habe, Pietisten. Im Interesse der Gefangenen möge das Haus darum den neuen Vertrag nicht genehmigen und die geforderte Summe streichen. Im gewöhnlichen Leben könne man einem Menschen von einseitiger religiöser Richtung aus dem Wege gehen, der Gefangene aber sei der Untergebene; um der Menschlichkeit willen möge man die Gefangenen keiner religiösen Quälerei aussetzen. Der Minister des Innern bezeugt, daß alle Berichte, die er eingezogen, die guten Dienste der Brüder des Rauhen Hauses außer Frage stellten. Im Uebrigen stimme er dem Antrage des Abg. Bunsen bei; es werde der Staatsregierung zum wahren Vergnügen gereichen, einer Kommission des Hauses die Anstalt zu Moabit öffnen und derselben über alle Zweige der Verwaltung jeden beliebigen Aufschluß geben zu lassen. Abg. Graf Schwerin: Gegen einen Mißbrauch des religiösen Einflusses auf das Gemüth des Gefangenen gäben die Einrichtungen in den Strafanstalten selbst schon einen hinreichenden Schutz; die Gegner der Brüder des Rauhen Hauses malten sich Gespenster an die Wand, die aller Reellität entbehrten. Abg. Dr. John: Wenn man die Brüder des Rauhen Hauses zu Gefängnißwärtern gebrauche, so möge man sie nehmen, er habe nichts dagegen; wozu aber dem Rauhen Hause durch Abschluß eines solchen Kontrakts noch eine besondere Subvention dafür geben? Seien die Zöglinge des Rauhen Hauses zu diesem Amte so sehr geeignet, so möge das Rauhe Haus sie nur immer ausbilden; es handle sich dann ja um eine Waare, die vortrefflich gehe. Schließe man nun dennoch einen derartigen Vertrag ab, so sei in der That nur zu sehr zu besorgen, daß der Pietismus in die Verwaltung der preußischen Strafanstalten als Prinzip eingeführt werden solle. Der Regierungskommissär replizirt und der Abg. Virchow empfiehlt den Bunsen'schen Antrag. Uebrigens habe es, hebt Letzterer hervor, unter allen Umständen seine Bedenken, daß die Regierung mit einer auswärtigen Anstalt über die Lieferung von Gefangenaufsehern kontrahire; die Regierung müsse eine derartige Anstalt im Lande selbst haben, deren Leitung sie selbst in der Hand habe. Eine religiöse Tendenz sei aber unter allen Umständen zu vermeiden, denn sonst könnten die Katholiken mit Recht auch die gleiche Verwendung von Mitgliedern religiöser Kongregationen verlangen. Abg. Rohden: Könne man den Katholiken zumuthen, Geld zu bewilligen für die innere Mission?

Der Bunsen'sche Antrag wird schließlich abgelehnt und der Kommissionsantrag angenommen.

Berlin, 4. Jan. Die ministerielle „Nordd. Allg. Ztg." schreibt:

Ueber den Inhalt der hier überreichten englischen Depesche vom 28. v. M. hören wir, daß dieselbe folgende eigenthümliche Theorie aufstellt: Die Gesammtmonarchie Dänemarks sei zur Zeit der Verhandlungen eine absolut regierte Monarchie gewesen. Nachdem dasselbe späterhin durch die Gesammtstaatsverfassung sich in einen konstitutionell regierten Staat umgewandelt habe, könne es seine damals übernommenen Verpflichtungen nicht ohne Mitbetheiligung des Volks und nur unter dessen Zustimmung erfüllen. Da diese Zustimmung nicht zu erlangen sei, so befinde sich Dänemark außer Stande, jene Zusagen zu erfüllen. Die von Deutschland an Dänemark gestellten Forderungen und die Verpflichtungen des letztern bezeichnet die Depesche als ein Labyrinth, hebt übrigens zwei Punkte hervor, an denen das Londoner Kabinet als an einem nothwendigen Prinzip festhalten müsse. Einmal sei im Interesse des europäischen Gleichgewichts der dänische Gesammtstaat intakt zu erhalten, und sodann müßten Verabredungen wegen der deutschen Nationalität in dem Herzogthum Schleswig getroffen werden (wobei England ohne Frage seinen Kongreßplan zur Regelung dieser Verabredungen im Auge hat). Mit der gedachten Depesche steht ein Artikel der „Morn.-Post" vom 30. v. M. in nicht zu verkennendem Zusammenhang. Das englische Blatt hebt darin hervor, daß Dänemark bereits auf dem Wiener Kongreß im Interesse des europäischen Gleichgewichts in demjenigen Bestand konstituirt wurde, den es dermalen darstelle. Ein Alteriren dieses Bestandes müsse als ein Angriff auf das europäische Gleichgewicht betrachtet werden, namentlich insofern dadurch bezweckt würde, den Kieler Hafen in einen Stationsort für eine deutsche Kriegsflotte zu verwandeln.

Die ministerielle „Nordd. Allg. Ztg." sagt ferner über die Anträge auf Anerkennung der Augustenburgischen Erbfolge, welche, wie verlautet, der bayrische Gesandte im Frankfurter Ausschusse formulirt:

Hiezu wäre zu bemerken, wenngleich das Londoner Protokoll für den Deutschen Bund als solchen keinen obligatorischen Charakter hat, so ist doch mit dem Eintreten des in jenem Protokolle vorgesehenen Falles eine willkürliche (!) Erledigung desselben nicht zulässig. Vielmehr tritt mit der schleswig-holsteinischen Erbfolge-Frage gleichzeitig die rein europäische Frage über den Fortbestand der dänischen Monarchie und die künftigen Verhältnisse des ganzen maritimen Machtgebietes der Nord- und Ostsee ein. Weil aber die Erbfolge-Frage diese rein europäischen Fragen in concluso mit enthält oder involvirt, so wird es jedem mit gesundem Menschenverstande Begabten einleuchten, daß die gesammten europäischen Großmächte unmöglich sich dazu hergeben können, den ganzen Streit nach dem Sinne eines Majoritätsbeschlusses der deutschen Klein- und Mittelstaaten austragen zu lassen.

Dazu bemerkt die „Nat.-Ztg." mit Recht:

Da ist denn freilich die Ansicht des Kaisers Napoleon noch eine für den Bund besonders rücksichtsvolle, nach welcher die Erledigung der Erbfolge-Frage durch das Londoner Protokoll ohne Zuziehung des Bundes eine „willkürliche" war.

Die Beamtenabgeordneten, welche den Beschluß des Staatsministeriums, wonach ihnen die Stellvertretungskosten aufgebürdet werden, für ungesetzlich halten, haben gleichlautende Klagen gegen den Fiskus eingereicht. Zu den Klage führenden gehören Simson, v. Kirchmann, v. Diederichs, Wachler und andere hochgestellte Beamte. — Mit heute Abend nehmen die Fraktionsberathungen wieder ihren Anfang. Ueberhaupt will das Haus noch alle restirenden Geschäfte möglichst rasch abwickeln.

Berlin, 4. Jan. Man schreibt der „Südd. Ztg.": Der Ministerrath, welcher vorgestern unter dem Vorsitz des Königs und in Anwesenheit des Kronprinzen gehalten wurde, hat zu keinem Resultat geführt. Bekanntlich hatte Preußen in Kopenhagen eine kriegerische Aktion ankündigen lassen, wenn die November-Verfassung bis zum 1. Januar nicht zurückgenommen sein würde. Da Letzteres nun nicht geschehen ist, so mußte in Erwägung gezogen werden, ob und zu welchem Zweck nunmehr gegen Dänemark vorgegangen werden solle, ob man Dänemark lediglich zwingen wolle, die Abmachungen des Londoner Vertrags zu erfüllen, oder ob man unter Rücktritt von diesem Vertrag die Trennung der Herzogthümer von Dänemark unter ihrem rechtmäßigen Landesherrn, dem Herzog Friedrich, erkämpfen wolle. Hr. v. Bismarck vertrat die erstere Ansicht, drang aber mit derselben einstweilen noch nicht durch. Er soll zwar neuerdings seit der Rückkehr des Kronprinzen versucht haben, seiner Politik einen etwas liberaleren und nationaleren Anstrich zu geben; man weiß indessen recht gut, daß die Sache der Herzogthümer und des Herzogs wenig oder gar nichts von ihm zu erwarten hat. Er ist ein entschiedener Freund des dänischen Gesammtstaats, und fürchtet nichts so sehr, als die nationale Erhebung Deutschlands gegen Dänemark, da dieselbe seinen und seiner Partei Sturz nothwendig in ihrem Gefolge haben muß.

Berlin, 4. Jan. Man schreibt der „Köln. Ztg.":

Am Bunde waren vorgestern zwei Beschlüsse zu fassen, die allerdings im Wesentlichen denselben Gegenstand betrafen: es handelte sich um den preußisch-österreichischen Antrag wegen des Herzogs Friedrich und um die den Bundeskommissären zu ertheilenden Instruktionen. Gegen den ersteren sollen sich neun Stimmen erklärt haben, wobei Sachsen zu allgemeiner Verwunderung auf die preußisch-österreichische Seite trat, wie es heißt, weil der König von Sachsen dem Herzog gerathen habe, nicht nach Kiel zu gehen. Die zweite Angelegenheit, über welche, wie es scheint, kein sofortiger Beschluß zu erzielen war, ging an die Ausschüsse zurück und sollte erst heute zur Erledigung kommen. Die Hauptsache ist aber, daß Preußen und Oesterreich nicht nur gegen den ersteren, auf die Angelegenheit des Herzogs Friedrich bezüglichen Beschluß protestirten und dem Bunde die Verantwortlichkeit überließen, wie das die Frankfurter Berichte melden, sondern auch, wie man versichern hört, die Absicht haben sollen, wenn der Bund auf seinem Standpunkte beharrt, nöthigenfalls allein vorzugehen. Man würde in diesem Fall vielleicht nicht sogleich direkt gegen den Herzog auftreten, sondern, wie schon gestern angedeutet, nach einer abermaligen Aufforderung an Dänemark Schleswig besetzen und dann bei dieser Gelegenheit auch in Holstein die Verwirklichung der nationalen Wünsche zu hindern suchen. Schon vor dem Beschluß vom 7. Dezember war von einem eventuellen Einrücken der Großmächte auf eigene Rechnung die Rede gewesen. Jetzt, wo es sich äußerlich um Schleswig handelt, wäre das, so meint man, um Vieles leichter, da Preußen und Oesterreich eventuell dort als Großmächte, auf Grund des Londoner Vertrags, wie dies schon in dem Promemoria vom 1. Dez. vorhergesehen war, Position nehmen würden. Die an Dänemark zu erlassende letzte Aufforderung würde wahrscheinlich in kurzer Frist noch mehr als die Rücknahme der November Verfassung verlangen, etwa im Allgemeinen eine ganze Organisation, die sich gar nicht so rasch bewerkstelligen ließe und bis zu deren Ausführung und näheren endgiltigen Feststellung Schleswig besetzt bleiben sollte. Inzwischen hätte man den Herzog entweder in irgend einer Form zur Abreise veranlaßt oder doch an der Bildung einer Armee behindert, mit andern Worten: in seiner Wirksamkeit gelähmt. Gelingt es mit diesem Plan, so würden Preußen und Oesterreich die Sache in die Hand nehmen und ihre Aktion als Großmächte der des Bundes wenigstens thatsächlich substituiren. Im vorigen Sommer wollte Preußen gern Sachsen und Hannover in erster Linie die Exekution überlassen, während in der gegenwärtigen Sachlage ein umgekehrtes Verfahren, nöthigenfalls neben dem Bunde, also, ohne daß das offiziell zugegeben würde, wider den Bund, ersprießlicher scheint. Dies Alles soll erwogen und, darf man den verbreiteten Gerüchten glauben, so gut wie beschlossen sein. Man will auch der Anerkennung des Herzogs durch den Bund, für welche zehn Stimmen sicher sein sollen, mit der bezeichneten Operation indirekt zuvorkommen. Die Freunde des Herzogs beharren indessen bei der Versicherung, er werde sein Erbland nicht wieder verlassen.

Berlin, 5. Jan. (W. T.-B.) Die „Kreuzztg." meldet; Die 13. Division hat Befehl erhalten, sich sofort an der Priegnitz zu konzentriren. Diese Maßregel dürfte mit eventuellen weitern Schritten behufs sofortiger Okkupation Schleswigs im Zusammenhang stehen. (S. ◇ Berlin.) Aus Wien wird dem gleichen Blatt aus angeblich zuverlässiger Quelle gemeldet, das österreichische Kabinet habe in Berlin bestimmt erklärt, es werde von jeder Aktion in der schleswigschen Frage zurücktreten, wenn Preußen im jetzigen Stadium derselben sich vom Londoner Protokoll lossage. — Der preußische Generalkonsul Dr. Quehl ist in Folge eines Schlagflusses letzten Sonntag gestorben.

◇ **Berlin,** 5. Jan. Wie verlautet, wird der Vertreter Preußens am dänischen Hof, Geh. Rath v. Balan, dieser Tage von Kopenhagen abreisen. Derselbe ist dort nur noch mit Anordnungen zur Auflösung seines Hausstandes beschäftigt. Auch der österreichische Gesandte am Kopenhagener Hofe hat von seiner Regierung die Weisung erhalten, die dänische Hauptstadt zu verlassen. Vorläufig bleiben dort noch ein preußischer und ein österreichischer Legationssekretär zur

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wahrnehmung der Vertretungsgeschäfte zurück, so daß also ein gänzlicher Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Dänemark noch nicht erfolgt. — Das Kabinetsconseil, welches in Sachen der Herzogthümerfrage am Sonntag von Sr. Maj. dem König abgehalten wurde, dauerte von 1 bis 6 Uhr Nachmittags. Bei den Verhandlungen desselben waren auch die Chefs des Zivil- und Militärkabinets, Geh. Rath Illaire und Generalleutnant v. Manteuffel, sowie der Geh. Legationsrath Abeken vom Ministerium des Auswärtigen zugegen. In diesem Conseil soll u. A. der Beschluß gefaßt worden sein, die 13. Division (Münster) in der Priegnitz zu konzentriren. Der Division ist bereits Marschbefehl zugegangen. Außerdem hat die 14. Division (Düsseldorf) den Befehl erhalten, sich auf die Marschbereitschaft einzurichten. Die Heranziehung der zum preußischen Reservekorps gehörigen 13. Division nach der untern Elbe steht mit den Vorbereitungen für die Besetzung des Herzogthums Schleswig in Zusammenhang.

Wien, 3. Jan. Man schreibt dem „Frankf. Journ.": „Seitdem Herzog Friedrich es unternommen, sich persönlich an Ort und Stelle der ihn und Deutschland gleich mächtig interessirenden Begebenheiten zu verfügen, ist man hier im Ministerium des Aeußern in eine ungewöhnliche Aufregung gerathen, welche sich nach dem Resultat der gestrigen Bundestags-Sitzung kaum gelegt haben dürfte. Wir erfahren in dieser Beziehung von bester Seite einiges Nähere, welches uns interessant genug erscheint, um erwähnt zu werden. Nicht blos, daß die Initiative des Wiener Kabinets, soweit sie die Beendigung des hier so höchst ungünstig aufgenommenen Aufenthalts des Herzogs Friedrich in Holstein bezweckte, in dem beim Bund gestellten Präsidialantrag auf eine an den Herzog zu richtende Entfernungsaufforderung ihren positiven Ausdruck fand, so ist es eben so gewiß, daß von hier aus direkte Schritte erfolgt sind, um den Herzog zur sofortigen Abreise aus Holstein zu vermögen. Diese direkten Schritte haben indeß kein ersprießlicheres Resultat als der in der Bundestags-Sitzung vom 31. v. M. gestellte Präsidialantrag zur Folge gehabt. Man versichert uns, Herzog Friedrich habe das österreichische Einschreiten mit einer bündig motivirten Ablehnung sofort beantwortet. Gereizter jedoch, als über diese Ablehnung, zeigt man sich über das Ergebniß der bundestäglichen Abstimmung, den fraglichen Präsidialantrag betreffend. Wir hören, daß es gestern aufgeregte Unterhaltungen zwischen dem Grafen Rechberg und mehreren diplomatischen Repräsentanten der Mittelstaaten gegeben habe. In diplomatischen Kreisen ist heute verbreitet, Graf Rechberg habe in Folge des Schicksals des letzten Präsidialantrags, den Aufenthalt des Herzogs Friedrich in Holstein betreffend, die Zurückziehung der österreichischen Truppen aus dem Bundes-Exekutionskorps in Aussicht gestellt. Wir würden die Version unbedingt für glaubwürdig halten, wenn nicht Graf Rechberg schließlich am besten weiß, daß er durch eine derartige Verfügung die Mittelstaaten in diesem Augenblick weniger einschüchtern, als vielmehr ihrer Politik den größten Vorschub leisten würde.

In dem bevorstehenden Eintreffen des F.Z.M. v. Benedek aus Verona, welches durch eine Berufung des Kaisers veranlaßt ist, will man nun denn doch ein Symptom erblicken, daß die Regierung sich bedeutend ernstlicher mit den Vorgängen in Italien als bisher zu beschäftigen beginne. Abgesehen von der Berufung Benedek's sind aber noch andere Anzeichen vorhanden, daß man sich zu einer Defensive gegen Italien im größern Maßstab vorbereite. Im hiesigen Hauptarsenal sind sämmtliche Munitionslieferungen, Equipirungsarbeiten und Montirungen für beschleunigte Termine angeordnet. Uebrigens datiren diese Ordres keineswegs von gestern und vorgestern, und sind somit durchaus nicht als durch die Neujahrsansprache Victor Emanuel's veranlaßt zu betrachten."

Wien, 4. Jan. (Allg. Ztg.) Man hat hier bereits die bestimmte Erklärung der Mittelstaaten in Händen, daß sie fest entschlossen sind, nicht auf halbem Weg stehen zu bleiben, sondern entweder mit den beiden Großmächten oder ohne sie, und auf die eigene Kraft gestützt, an die Lösung der Frage und nöthigenfalls in den Kampf zu gehen. Die Verhandlungen zwischen hier und Berlin werden seit einigen Tagen mit verdoppeltem Eifer betrieben, und es wäre möglich, daß als das Ergebniß derselben schon in der nächsten Bundestags-Sitzung eine Erklärung einlangte, welche die Grenzen der gemeinsamen Aktion scharf und bestimmt hinstellt. Inzwischen herrscht hier eine gesteigerte militärische Thätigkeit. Im Arsenal wird ununterbrochen und mit bedeutend vermehrten Kräften gearbeitet, und für das Fuhrwesen wird so eben eine Lieferung von 600 Pferden ausgeschrieben. — Die neu auftauchenden Gerüchte über eine nahe bevorstehende Kaiserreise nach Ungarn haben auch diesmal keinerlei thatsächliche Unterlage. Es ist dieselbe Partei, welche zu denselben Zwecken sie immer und immer wieder ausstreut. — Heute Abend trifft Hr. v. Schmerling hier wieder ein, vorausgesetzt, daß die durch die ungeheuren Schneeverwehungen bei Nabresina zwei Tage lang vollständig gehemmte Kommunikation wieder frei geworden.

Innsbruck, 3. Jan. (Südd. Ztg.) Die Bewegung für Schleswig-Holstein ist bei uns durchaus nicht im Abnehmen. Obwohl die Ungunst, der sie in gewissen Sphären begegnet, manche Aengstlichen zurückhält, fließen die Beiträge verhältnißmäßig reichlich, und auch vom Lande treffen Sendungen ein. Das Statthalterei-Präsidium hat den Bezirksämtern Auftrag ertheilt, die Bewegung des Volks bezüglich der schleswig-holsteinischen Angelegenheit genau zu überwachen und ein besonderes Augenmerk auf die Turn- und Gesangvereine zu richten. Abgesehen von allem Andern, begreifen wir diese Maßregel deßwegen nicht, weil sie ihren Zweck durchaus nicht erreicht. Die Erfahrung hat längst schon gelehrt, wie wenig solche Versuche nützen, und auch hier bestätigt es sich, daß die Aufmerksamkeit, die man ablenken möchte, sich gerade dorthin richtet, wo man sie nicht will. Das Konzert für Schleswig-Holstein muß nun unterbleiben; das Gerede, welches dadurch entsteht, wird jedoch um so größer.

Frankreich.

♁ **Paris,** 5. Jan. In diplomatischen Kreisen wie im Publikum kommentirt man heute eifrigst den Adreßentwurf. Wenn man einerseits dem relativ energischen Tadel der mexikanischen Expedition, zu welchem Hr. v. Morny, Verfasser der Adresse, sich herbeiließ, allgemeinen Beifall zollt, auch mit den Friedenswünschen der Kammer einverstanden ist, und eine bewaffnete Intervention zu Gunsten Polens weniger wünscht als je, so findet man allgemein, daß der Wunsch, sich Rußland wieder zu nähern, im Adreßentwurf viel zu stark betont ist. Hr. v. Morny spricht offenbar weit mehr die Wünsche der Regierung und seine eigenen Hoffnungen, als die Wünsche der Kammer aus. Es steht zu erwarten, daß der betreffende Paragraph selbst von den Konservativen, selbst von den absoluten Freunden des Friedens lebhaft bekämpft werden wird. In der That wurde bereits von dem Baron Jerome-David und Curé und 9 andern Deputirten das Amendement gestellt, den allzu moskowitischen Paragraphen durch folgenden Passus zu ersetzen:

Sire, die polnische Frage ist eine Frage der Menschlichkeit und des europäischen Rechts; Frankreich hat nicht die Mission, die Waffen zu ergreifen für eine Sache, die, von keinem Standpunkte aus, eine Beleidigung unserer Ehre oder eine Drohung gegen unsere Grenzen enthält; dennoch müssen wir die Aktion unserer moralischen Hilfe zu Gunsten Polens erschöpfen, welchem Ew. Majestät öffentlich Beweise tiefer Sympathie gaben. Wir glauben, daß es geeignet wäre, die Polen als Kriegführende anzuerkennen; sie sind nicht Rebellen, sondern Erben eines Rechts, eingeschrieben in der Geschichte und in den Verträgen.

Wie Dem auch sei, der Wunsch der Regierung, sich Rußland zu nähern, ist nicht minder aus gewissen Anzeichen sichtlich, als aus dem Werk des Hrn. v. Morny. Beim letzten Empfang in den Tuilerien, am 2. Januar, bemerkte man die außerordentliche Zuvorkommenheit des Kaisers gegen den preußischen Gesandten, Hrn. v. d. Goltz, sowie die besonders freundliche Aufnahme des Hrn. v. Budberg. Auch blieb es nicht unbemerkt, daß die Kaiserin (welche, nebenbei gesagt, Tags vorher Hrn. v. Metternich hatte zu sich bitten lassen) den Groß-Cordon des russischen Katharinen-Ordens trug. — Gestern wurden hier mehrere Verhaftungen vorgenommen; unter den Verhafteten befinden sich (wie ich aus zuverlässiger Quelle erfahre) zwei Italiener, deren Eintreffen der Polizei signalisirt war. Man fand in ihrem Besitz Orsinische Bomben und Dolche eigenthümlicher Form. — Bei dieser Gelegenheit erfährt man erst, daß vor einiger Zeit die beiden Brüder Pianori's aus London nach Frankreich gekommen waren; die Polizei war von ihrer Ankunft unterrichtet und die beiden Herren wurden sans façon, ganz im Stillen, nach Cayenne expedirt. — Wie ich höre, wird der Pavillon Marsan in den Tuilerien bereits für den Erzherzog Maximilian in Stand gesetzt. — Zwei Regimenter, welche sich nach Mexiko einschiffen sollten, erhielten gestern Gegenbefehl; wahrscheinlich in Folge der heftigen Opposition gegen diese Opposition, welche bereits aus dem Adreßentwurf hervorleuchtet.

Gestern legte die Kommission zur Prüfung der Supplementarkredite für 1863 ihren Bericht vor. Hr. v. Morny wünschte, daß der Tag der Diskussion sofort festgesetzt werde, mußte sich aber nach einem lebhaften Scharmützel, an welchem sich Thiers, Berryer, Picard 2c. betheiligten, dies ausgesetzt lassen. Der Bericht des Hrn. Larrabure hebt die Segnungen der kaiserl. Regierung im Innern und den Ruhm der französischen Waffen im Auslande hervor; aber — fährt er fort — die Medaille hat eine Kehrseite:

Wir entleihen immer, wir amortisiren nicht mehr. Wir entliehen 2 Milliarden 54 Millionen durch öffentliche Subskription, 100 Millionen bei der französischen Bank, ungefähr 183 Millionen bei der Armee-Dotationskasse, 151 Millionen durch Trentenairesobligationen; wir werden die so eben votirten 300 Millionen entleihen, und 32 Millionen gegen 1,429,620 Fr. zu veräußernder 3proz. Rente; die Gesammtanlehen seit 1854 belaufen sich auf 2 Milliarden 800 Millionen. Dennoch schließen, mit Ausnahme von 1858, alle Budgets seit 15 Jahren mit Defizits.

Zu dem ordentlichen Budget werden 32 Millionen Supplementarkredite verlangt, davon $2\frac{1}{2}$ Millionen für das Kriegsministerium. Zum außerordentlichen Budget fordert die Regierung für Krieg und Marine $61\frac{1}{2}$ Millionen. — Die heutige Börse, erst fest, schloß sehr flau. Die Reaktion ist weniger der kriegerischen Proklamation des Königs von Dänemark zuzuschreiben, als finanziellen Besorgnissen. Der Metallvorrath der Bank ist auf 163 Millionen gesunken und man befürchtet Donnerstag eine Diskontoerhöhung. Rente schließt 66.60 nach 66.75, [Mob. 1038 nach 1050, ital. Anl. 71.40.]

Dänemark.

Kopenhagen, 2. Jan. (Nat.-Ztg.) Die Ernennung des neuen Ministeriums Monrad ist offiziell bestätigt und der König, sowie der Kronprinz sind zur Armee abgereist; das ist so ziemlich Alles, was die heutigen Blätter enthalten. Das neue Ministerium hat noch kein Lebenszeichen von sich gegeben und das dänisch-schleswigsche Grundgesetz vom 18. Nov. v. J. besteht also faktisch und rechtlich. Bis jetzt hat sich noch kein Blatt für das neue Ministerium erklärt, wohl aber „Faedrelandet" und besonders „Dagbladet" gegen dasselbe; doch scheinen auch sie die Thaten des neuen Ministeriums abwarten zu wollen. Der König ist ohne Begleitung eines Ministers gereist; Monrad hat ihm nur bis Korsör das Geleit gegeben. Quaade ist hier, soll aber nicht in's Kabinet eintreten wollen. Von Versuchen Monrad's zur Besetzung der noch vakanten Ministerstellen hat man noch nichts vernommen. Ein solcher Zustand kann begreiflicher Weise nicht lange dauern, zumal wenn der König lange von Kopenhagen entfernt bleiben oder, was nicht unmöglich ist, gar nicht hieher sollte zurückkehren wollen, wodurch den Staatsraths-Sitzungen in dem einen Fall schwer zu überwindende, in dem andern geradezu unüberwindliche Schwierigkeiten entgegentreten würden. Daß das Ministerium, auch wenn es wollte, die Verantwortlichkeit für seine Handlungen übernehme, kann die ohnehin auf sehr schwachen Füßen stehende Autorität des Königs nur vollends untergraben helfen. Es dürfte überhaupt schwer ein Ausweg aus dem Labyrinth zu finden sein, in welchem Dänemark theils durch seine eigene Schuld, theils durch die bald mit einander harmonirenden, bald von einander divergirenden Intriguen der Unterzeichner des Londoner Protokolls, theils endlich durch die Schwäche des Königs sich befindet. — In der amtlichen „Departements-Tidende" werden die vom Reichsrath angenommenen und vom König sanktionirten Gesetze über die Zivilliste des Königs und die Apanage des Kronprinzen Frederik promulgirt.

Rußland und Polen.

Warschau, 2. Jan. Der „Ostsee-Ztg." wird über die Wintereinrichtung der Polen geschrieben: „Die Insurgentenabtheilungen im Lublinischen haben seit Eintritt der kalten Witterung angefangen, sich möglichst wohnlich eingerichtete hölzerne Baracken in den Wäldern zu errichten, die ihnen Schutz gegen Schnee und Kälte gewähren. In den meisten Baracken werden Rauchfänge angebracht, so daß in ihnen Feuer zum Kochen und Erwärmen angezündet werden kann. Die aus solchen Baracken bestehenden Lager werden mit Gräben, Erdwällen und starken Verhauen umgeben, um sie gegen einen plötzlichen Ueberfall der Russen zu sichern. Dabei wird der Patrouillen- und Wachtdienst auf's sorgfältigste ausgeübt und auf's strengste kontrolirt. Ein Ueberfall Seitens der Russen ist auch schon deßhalb nicht leicht möglich, weil die Lagerkommandeure durch die benachbarten Gutsbesitzer und andere Kundschafter bei Tag und bei Nacht von jeder Bewegung der Russen wissen. Die Abtheilungen im Lublinischen und Podlachischen sind jetzt größtentheils mit Schafpelzen versehen, von denen in letzter Zeit mehrere Sendungen aus Galizien glücklich über die Grenze gebracht sein sollen."

Großbritannien.

London, 4. Jan. (Presse.) Das englische Kabinet hat den beiden andern nichtdeutschen Großmächten (Rußland und Frankreich) den Entwurf einer identischen, an den Bund zu richtenden Protestnote gegen das Einrücken von Bundestruppen in Schleswig im Sinne des hessen-darmstädtischen Antrages, vorgelegt. Rußland hat sofort zugestimmt; die Antwort Frankreichs wird heute erwartet.

Baden.

△ **Mannheim,** 5. Jan. Unter dem Vorsitze des Hrn. Oberbürgermeisters Achenbach fand heute Vormittag eine Gemeindeversammlung (Großer Ausschuß) statt, um deren Zustimmung zu dem einstimmig gefaßten Beschluß des Gemeinderaths und Kleinen Bürgerausschusses bezüglich der Betheiligung an dem Anleihen der herzoglich holsteinischen Regierung zu erlangen. Obwohl sich bei der Diskussion mehrseitige Meinungsverschiedenheit kundgab, so betraf dieselbe doch nur die formelle Seite der Betheiligung als Gemeinde mit Gemeindemitteln, und die ganze Verhandlung war getragen von dem Ausdruck warmer vaterländischer Gesinnung. Der Große Ausschuß trat bei der zum Schluß erfolgten Abstimmung mit 86 gegen 11 Stimmen den Beschlüssen des Gemeinderaths und Kleinen Ausschusses bei, genehmigte somit die Betheiligung der Stadt Mannheim an dem zur Zeit unverzinslichen Anleihen der herzoglich holsteinischen Regierung mit der Summe von 10,000 Thlrn.

Freiburg, 5. Jan. (Frbgr. Ztg.) Gestern Abend verschied im 79. Lebensjahr Hr. Mathias Stutz, eine hier sehr beliebte und geachtete Persönlichkeit, seit dem Bestehen unserer Feuerwehr ein bis in sein hohes Greisenalter thätiger Führer derselben.

Vermischte Nachrichten.

— Das Lessing'sche Gemälde: „Huß vor dem Scheiterhaufen" ist gegenwärtig in Stuttgart ausgestellt.

— Mainz, 4. Jan. Heute begannen bei großh. Bezirksgericht die Verhandlungen gegen Warburg, Baist und Jourdan, wegen Abfassung, resp. Verbreitung der Flugschrift „Schwester Adolphe". Beim Schluß der Sitzung ($2\frac{1}{2}$ Uhr Nachmittags) waren von den auf Anstehen der Staatsbehörde geladenen Zeugen zwölf vernommen. Morgen früh 9 Uhr wird die Sitzung fortgesetzt. Baist war nicht erschienen und wird demnach in contumaciam gegen denselben verhandelt.

— In der letzten Sitzung der Geographischen Gesellschaft zu Berlin machte Hr. Barth der Gesellschaft die schmerzliche Mittheilung, daß der Tod des muthigen Reisenden M. Baurmann sich leider bestätige. Derselbe ist im Januar v. J. in der Nähe von Mao, der Hauptstadt von Kanem, überfallen und mit Lanzenstichen getödtet worden; von seinen drei mitgenommenen Dienern sind zwei nach Kuka zurückgekehrt und haben die unzweifelhafte Trauerkunde überbracht. Sein Gepäck ist geplündert und seine Tagebücher verloren; doch soll der Unglückliche einen Theil seiner Arbeiten in Kuka zurückgelassen haben, und diese zu erlangen, sei einige Aussicht vorhanden. — Herr Dove theilte die ihm zugegangene Nachricht mit, daß die Legung des Kabels, welches Europa vermittelst der Faröer und Islands mit Amerika verbinden soll, wahrscheinlich 1864 erfolgen werde.

— St. Gallen. Bei Neßlau im Obertoggenburg wurde kürzlich ein Ahorn gefällt, welcher 600 Jahrringe aufwies.

— Bern, 3. Jan. Seit dem letzten Tage des vergangenen Jahres weilt der bekannte russische Flüchtling und Demokrat Michel Bakunin in der Bundesstadt. Wie man vernimmt, kommt er von Stockholm.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

5. Jan.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr.	28"2,20'''	− 7,0	N.O.	rein	heiter, kalt.
Mittags 2 „	„ 1,69'''	− 2,2	„	„	„ „
Nachts 9 „	„ 1,60'''	− 5,0	„	„	„ „

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 7. Jan. 1. Quartal. 4. Abonnementsvorstellung. **Sokrates;** Trauerspiel in 4 Akten, von Ludwig Eckardt.

Freitag 8. Jan. 1. Quartal. 5. Abonnementsvorstellung. **Don Juan;** große Oper in 2 Akten, von Mozart.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Z.d.347. Bruchsal. Entfernten Freunden und Bekannten theilen wir die traurige Nachricht mit, daß unsere einzige, vielgeliebte Tochter Emma, 21 1/2 Jahre alt, nach 3tägigem Krankenlager der Hirnentzündung fromm, wie sie lebte, und ergeben in den Willen des allmächtigen Gottes, heute Mittag 3 Uhr erlegen ist.

Bruchsal, den 5. Januar 1864.

Dr. Joachim, Hofgerichtsadvokat.
Anna Joachim, geborne Hack.

Z.d.350. Heute Vormittag gegen 10 Uhr entschlief unsere innig geliebte Mutter, Groß- und Urgroßmutter, Maria Dorothea Gutsch Wittwe, so sanft und gottergeben, wie sie in ihrem von vielen Trübsalen geläuterten Leben sonst stets gewesen war. Wir theilen diese Kunde allen Denen mit, die sie kannten und liebten, und fügen hinzu, daß durch die Gnade Gottes ihr Alter sich auf nahehin 83 Jahre erhöhte.

Karlsruhe, Lörrach und Offenburg,
den 6. Januar 1864.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Z.e.162. Nr. 3. Ueberlingen.

Erledigtes Stipendium.

Das von Illmensee'sche Familien-Stipendium von jährlich 40 fl. ist seit 23. Oktober 1863 erledigt.

Darauf haben zunächst jene Verwandte des Stifters Anspruch, welche sich dem Studium der Theologie widmen.

Der Stipendiat ist verpflichtet, für jedes Jahr, so lange er das Stipendium genossen haben wird, nach erlangter definitiver Anstellung 10 fl. an den v. Illmensee'schen Stiftungsfond zu ersetzen und hierüber bei der Verleihung desselben einen Revers auszustellen.

Die Bewerber um dieses Stipendium haben ihre Anmeldungen unter Vorlage des Nachweises ihrer Verwandtschaft, sowie von Geburts-, Vermögens- und sämmtlichen Studienzeugnissen

binnen 4 Wochen

bei unterzeichneter Stelle einzureichen.

Ueberlingen, den 2. Januar 1864.

Stiftungsvorstand:
J. N. Müller. Steib.
vdt. Mayer.

Z.e.163. Nr. 4. Ueberlingen.

Erledigtes Stipendium.

Bei der Kurz'schen Stiftung dahier ist eine Stipendienportion von jährlich 140 fl., beginnend mit 23. April 1863, in Erledigung gekommen und an Studirende der Theologie wieder zu verleihen.

Der Stipendiat ist verbunden, so bald er später durch eine Anstellung ein Einkommen erlangt haben wird, für jedes Jahr, so lange er das Stipendium genossen hat, 10 fl. an den Kurz'schen Stiftungsfond zu ersetzen und hierüber bei Verleihung desselben einen Revers auszustellen.

Die Kompetenten um dieses Stipendium, welche nicht unter 18 und nicht über 26 Jahre alt sein dürfen, sowie auch ehelicher Geburt sein müssen, haben ihre Bewerbschriften unter Vorlage von Geburts-, Vermögens- und sämmtlicher Studienzeugnisse

binnen 4 Wochen

bei unterzeichneter Stelle einzureichen.

Ueberlingen, den 2. Januar 1864.

Stiftungsvorstand:
J. Müller. Steib.
vdt. Mayer.

Z.e.744. Genf (Schweiz).

Lotterie-Anlehen

der

Gründung des Einzigen Maurer-Tempels in Genf (Schweiz).

Genehmigt durch den Staatsrath des Kantons.

Der Zivilverwaltungs-Ausschuß hat beschlossen, die noch übrigen **350,000** Loose vermittelst **7 Ziehungen mit je 50,000 Loosen** zu placiren.

In jeder der 6 ersten Ziehungen gibt es **140** Gewinne, worunter einer von Franken **5000** bis Franken **25 mindestens.**

In der 7ten und letzten Ziehung gibt es **142** Gewinne, darunter 1 von Franken **100,000**, 2 von **5000**, 1 von **2000** ꝛc. bis zu **25 Franken mindestens.**

Im Ganzen gibt es bei den 7 Ziehungen 982 Gewinne im Werth von **210,000** Franken und worunter einer von

Hundert Tausend Franken.

Die nächste Ziehung beginnt den 15. Januar 1864.

Ein Loos kostet . . **45** Kreuzer.
7 Loose kosten . . **5** Gulden.
15 „ „ . . **10** dto.

Diese Loose gelten für alle Ziehungen ohne weitere Nachzahlung.

Man kann somit bei diesen 7 Ziehungen gewinnen

130,000 Franken für 45 Kreuzer.

Näheres besagt der Plan.

NB. Alle Aufträge beliebe man unter Beifügung des Betrags in Banknoten oder andern Geldsorten in **rekommandirten Franko**-Briefen oder **Paqueten mit Werthangabe** zu senden an den **Directeur de l'Office International, rue Bonivard 6, in Genf,** das einzige mit dem Verkauf dieser Loose beauftragte Haus. Die Loose werden in rekommandirten Briefen und umgehend versandt.

Jedem, der mindestens 7 Loose nimmt, werden nach jeder Ziehung die Ziehungslisten franko zugesandt, andernfalls beliebe man 15 kr. beizufügen, wenn dieselben franko gewünscht werden.

Z.d.336. Bretten.

Berichtigung.

In mehreren Kalendern ist die Abhaltung der Viehmärkte in Bretten unrichtig angegeben.

Die Viehmärkte werden jeweils am zweiten Montag in jedem Monat dahier abgehalten, wie früher schon bekannt gemacht worden ist.

Bretten, den 4. Januar 1864.

Der Gemeinderath.
Fritz.

Z.d.262. Darmstadt.

Stellengesuch.

Für zwei meiner jungen Leute, die ihre Lehre mit besonders gutem Erfolg bestanden, schon einige Zeit als Commis arbeiten und englisch und französisch sprechen, suche ich passende Stellen.

Theodor Schwab in Darmstadt,
Manufakturwaaren-Geschäft.

Z.d.311. Heidelberg.

Zu verkaufen

ein frequentes Gasthaus zweiten Ranges in guter Lage. Näheres bei Agent **Joh. Müller** in **Heidelberg.**

Z.d.349. Karlsruhe.

C. Arleth,

Großherzoglicher Hoflieferant,

empfiehlt

Ganz frisches **franz. Geflügel**, als: schöne große **Chapons** und **Poulardes de Bresse, Perdreaux rouges** ꝛc., sowie:

frische **franz. Turbots und Solles, Cabeljau, große Homards, franz. u. engl. Austern, echten Astracan-, Elb-Caviar, Bückinge** zum Rohessen und Braten, **Kieler Sprotten** ꝛc. ꝛc.

Z.d.308. Radolfzell.

Haus- u. Gartenverkauf.

Ich habe mich entschlossen, das früher käuflich an mich gebrachte und umgebaute Kapuzinerkloster hier, außerhalb der Stadt, an der Straße nach Konstanz gelegen, zu verkaufen. Dasselbe besteht aus einem schönen, geräumigen und baulich guten, zweistöckigen Wohnhaus mit guten Kellern, Remise, Treibhaus ꝛc. innerhalb eines 1 1/2 Morgen großen, parkähnlich angelegten, ummauerten Gartens, in herrlicher und gesunder Lage am See, mit prachtvoller Aussicht, namentlich nach den entgegengesetzten Ufern des Untersees.

Kaufliebhabern ertheile ich mit Vergnügen nähere Auskunft.

Radolfzell, den 2. Januar 1864.

J. Spachholz, Rechtsanwalt.

Z.d.298. Kassel.

Bebra-Fulda-Hanauer Eisenbahn.

Die Ausführung von Erd-, Planirungs- und Befestigungs-Arbeiten, sowie von Durchlässen, kleineren Brücken, Wege-Unter- und Ueberführungen in der Sektion Fulda, und zwar:

des 1ten Looses, veranschlagt zu 13,362 Thlr.,
des 2ten Looses, veranschlagt zu 132,750 Thlr.,
des 3ten Looses, veranschlagt zu 57,092 Thlr.,

soll im Wege des öffentlichen Submissions-Verfahrens an Unternehmer verdungen werden.

Die betreffenden Profile, Pläne und Berechnungen, sowie die Submissions-Bedingungen sind vom 4. Januar 1864 ab täglich in unserem technischen Centralbureau hierselbst, Vormittags von 9 bis 12 Uhr und Nachmittags von 3 bis 6 Uhr, einzusehen; auch werden daselbst Abdrücke von den Submissionsbedingungen gegen Erstattung der Kosten abgegeben werden.

Die Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Submission zur Uebernahme von Erdarbeiten ꝛc. ꝛc. zur Bebra-Fulda-Hanauer Eisenbahn"

versehen, bis spätestens

den 25. Januar 1864, Vormittags 10 Uhr,

portofrei an uns einzusenden, zu welcher Zeit die Eröffnung der bis dahin eingegangenen Offerten in unserem, im hiesigen Bahnhofsgebäude befindlichen Geschäftslokale in Gegenwart der etwa erschienenen Submittenten erfolgen wird.

Später eingehende oder nicht bedingungsgemäße Offerten bleiben unberücksichtigt.

Kassel, den 29. Dezember 1863.

Kurfürstliche Direktion für den Bau der Bebra-Fulda-Hanauer Eisenbahn.

Z.d.282. Karlsruhe.

Lieferung von Eisenbahnschwellen.

Die Lieferung der zur Unterhaltung der Großherz. Eisenbahnen für das Jahr 1864 erforderlichen Schwellen, bestehend in:

3000 Stück eichenen Stoß-Querschwellen, 8 Fuß lang, 6/10 Zoll stark,
1500 Stück eichenen Zwischenquerschwellen, 8 Fuß lang, 5/8 Zoll stark,
50 Stück eichenen Langschwellen, 3 Fuß lang, 6/10 Zoll stark,
2500 Stück forlenen oder tannenen Querschwellen, 10 bis 14 Fuß lang, 5/8 Zoll stark,
40000 Stück forlenen oder tannenen Zwischenquerschwellen, 8 Fuß lang, 5/8 Zoll stark,
50 Stück forlenen oder tannenen Langschwellen, 20 Fuß lang, 6/12 Zoll stark,
500 Stück forlenen oder tannenen Langschwellen, 15 Fuß lang, 6/10 Zoll stark,
500 Stück forlenen oder tannenen Langschwellen, 10 Fuß lang, 6/10 Zoll stark,

wird im Soumissionswege vergeben.

Die darauf bezüglichen Angebote, in welchen die zu übernehmende Schwellensorte und Stückzahl, sodann der Preis per Stück, nebst der Güterstation, bei welcher die Auflieferung erfolgen soll, genau anzugeben ist, sind schriftlich und mit der Aufschrift „Schwellenlieferung" bezeichnet bis zum 15. Januar k. J. an die unterzeichnete Stelle einzusenden.

Die näheren Lieferungsbedingungen können bei sämmtlichen Großh. Eisenbahnämtern, bezw. Post- und Eisenbahnämtern, sowie auch bei der Verwaltung der Großh. Eisenbahn-Hauptwerkstätte und des Hauptmagazins in Karlsruhe eingesehen oder in einzelnen Exemplaren erhoben werden.

Karlsruhe, den 19. Dezember 1863.

Direktion der großh. Verkehrsanstalten.
B. V. d. D.:
Poppen.
Spörin.

Z.d.294. Nr. 7416. Waldshut.

Bekanntmachung.

Höherm Auftrage gemäß vergeben wir die Hochbauarbeiten zur Erweiterung der Personenstation Kleinlaufenburg, veranschlagt zu 8300 fl., im Soumissionswege an einen Unternehmer.

Die deßfallsigen Angebote sind, in Prozenten des Voranschlags ausgedrückt, verschlossen und mit der Aufschrift:

„Soumission für die Arbeiten zur Erweiterung des Stationsgebäudes Kleinlaufenburg"

versehen, längstens bis zum 14. Januar k. J., Morgens 8 Uhr, bei uns einzureichen.

Bis dahin können die Baupläne, Arbeitsverzeichnisse und Akkordsbedingungen auf dem Geschäftszimmer des technischen Beamten eingesehen werden.

Waldshut, den 30. Dezember 1863.

Großh. bad. Post- und Eisenbahnamt.
Der Vorstand. Petitjean. — Der Ingenieur. Möglich.

Z.d.348. Schwetzingen. (Holzversteigerung.) Aus den Abtheilungen Brandbuckel und Herzogkreuz der Forstdomäne Hardt versteigern wir mit Zahlungsfrist bis 1. Oktober l. J. am

Montag den 11. Januar

710 Klftr. forlenes Scheit- und Prügelholz nebst 2000 Stück Wellen. Die Verhandlung wird früh 9 Uhr im Adler zu Ostersheim beginnen. Schwetzingen, den 5. Januar 1864. Großh. bad. Bezirksforstei. A. Cron.

Z.e.168. Nr. 13. Rheinbischofsheim. (Aufforderung.) Jakob Hauß von hier hat auf Ableben seines Großvaters Jakob Hauß einen Acker, nämlich 1 1/4 Sester im Harschgrün, hiesiger Gemarkung, geerbt. Die Gewähr des Eigenthumsübergangs wurde jedoch verweigert, und es ergeht nun auf Antrag eine Aufforderung an alle Diejenigen, die an das besagte Grundstück dingliche Rechte, welche in den Grund- und Pfandbüchern nicht eingetragen sind, geltend machen könnten, solche

binnen 2 Monaten

dahier anzumelden, da sonst dieselben dem Jakob Hauß gegenüber als erloschen erklärt werden würden.

Rheinbischofsheim, den 28. Dezember 1863.

Großh. bad. Amtsgericht.
Eisen.

Z.e.159. Nr. 17,454. Waldshut. (Versäumungserkenntniß.) J. S. der Klosterverwaltung Rheinau gegen Unbekannte, Eigenthumsansprüche betr. Mit Bezug auf die diesseitige Aufforderung vom 3. Oktober d. J., Nr. 13,492, werden bezüglich der darin bezeichneten Grundstücke alle lehenrechtlichen oder fideikommissarischen Ansprüche oder dinglichen Rechte für die Aufgeforderten im Verhältniß zu dem neuen Erwerber, dem Staate Zürich, für erloschen erklärt. Waldshut, den 30. Dezember 1863. Großh. bad. Amtsgericht. v. Wänker.

Z.e.157. Nr. 41. Säckingen. (Ausschlußerkenntniß.) In der Gant gegen Drechsler Andreas Schlageter von Säckingen werden alle Diejenigen, welche die Anmeldung ihrer Ansprüche an die vorhandene Masse unterlassen haben, von derselben ausgeschlossen.

Säckingen, den 28. Dezember 1863.

Großh. bad. Amtsgericht.
Fischler.
vdt. Hauser.

Z.e.158. Nr. 44. Oberkirch. (Aufforderung.) Die Wittwe des Georg Geldreich, Barbara, geb. Wilhelm, von Oberkirch, welche vor 12 Jahren nach Amerika ausgewandert ist und seither keine Nachricht von sich gegeben hat, wird aufgefordert,

binnen Jahresfrist

von ihrem Aufenthalt Kenntniß zu geben, widrigenfalls sie für verschollen erklärt und ihr Vermögen den Erbberechtigten in fürsorglichen Besitz gegeben würde.

Oberkirch, den 31. Dezember 1863.

Großh. bad. Bezirksamt.
Renck.

Z.e.172. Rheinbischofsheim. (Urtheilsverkündung.) J. U. S. gegen August Koch von Odenheim, wegen Betrugs, hat das diesseitige Amtsgericht durch Urtheil vom Heutigen, Nr. 22, zu Recht erkannt:

„August Koch von Odenheim sei eines Betrugs, im Betrag von 1 fl. 10 kr., zum Nachtheil des Blumenwirths Meckle von Scherzheim, schuldig und deßhalb in eine Amtsgefängnißstrafe von sechs Tagen, sowie zur Tragung der Kosten des Verfahrens und der Vollstreckung zu verurtheilen."

Dieses Urtheil wird dem flüchtigen August Koch von Odenheim auf diesem Wege verkündet.

Rheinbischofsheim, den 28. Dezember 1863.

Großh. bad. Amtsgericht.
Eisen.

Z.e.169. Nr. 331. Bruchsal. (Aufforderung.) Die Konskriptionspflichtigen

Ludwig Heinrich Kull von Heidelsheim,
Jakob Kreppein von Bruchsal,
Georg Heinrich Kling von da,
Johann Georg Streker von da,
Wolf Wilhelm Grün von da,
Karl Theodor Körner von Oestringen,
Jakob Sulzberger von Odenheim,
Hirsch Brand von da,
Joseph Seefried von Helmsheim, und
Joseph Heneka von Neuthardt

sind bei der am 19. d. Mts. dahier stattgehabten Rekrutenaushebung unentschuldigt ausgeblieben.

Dieselben werden daher aufgefordert, sich

innerhalb 6 Wochen

dahier zu stellen, widrigenfalls sie der Refraktion für schuldig und des Orts- und Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt und in die gesetzliche Strafe von 800 fl. verfällt würden. Zugleich wird das Vermögen der Genannten mit Beschlag belegt.

Bruchsal, den 30. Dezember 1863.

Großh. bad. Oberamt.
Leiber.

Z.e.98. Nr. 41. Ladenburg. (Aufforderung.) In der heute dahier stattgefundenen Aushebungstagfahrt sind folgende, in die Rekrutenquote fallende Konskriptionspflichtige nicht erschienen:

Loos-Nr. 22. Heinrich Hirsch von Ladenburg,
„ „ 25. Georg Ph. Urban von Schriesheim,
„ „ 67. Peter Bauß von Schriesheim,
„ „ 86. Georg Heinr. Rudolf Grimm von Feudenheim.

Dieselben werden aufgefordert, sich längstens

binnen sechs Wochen

dahier zu stellen und zu verantworten, widrigenfalls sie, unter Verfällung in die Kosten dieses Verfahrens, der Refraktion für schuldig erkannt und in die gesetzliche Vermögensstrafe von 800 fl. verfällt, sowie auch des Orts- und Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt würden.

Zugleich wird das angefallene und künftige Vermögen derselben mit Beschlag belegt.

Ladenburg, den 30. Dezember 1863.

Großh. bad. Bezirksamt.
Schneider.
vdt. Eberle.

Z.e.164. Nr. 275. Bonndorf. (Bekanntmachung.) Jakob Eichkorn von Unterwangen wurde zum Bürgermeister dieser Gemeinde gewählt und nach erfolgter Bestätigung heute verpflichtet.

Bonndorf, den 2. Januar 1864.

Großh. bad. Bezirksamt.
Seidenspinner.

Z.d.334. Nr. 9. Bühl. (Dienstantrag.) Bei der unterzeichneten Verrechnung ist die erste Gehilfenstelle mit 500 fl. Gehalt erledigt, und wird nun zur Bewerbung für geschäftsgewandte Kameralpraktikanten oder Assistenten mit dem Anfügen ausgeschrieben, daß der Eintritt auf den 1. April d. J. zu geschehen habe.

Bühl, den 3. Januar 1864.

Großh. Domänenverwaltung und Forstkasse.

Frankfurt, 5. Jan. 1863. — Staatspapiere.

		Per compt.			Per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	G.-Hess.	5% Obligation.	100 7/8 G.
„	5% do. in holl. St.	— —	„	4% dto.	99 1/2 P.
„	5% do. 1852 in Lst.	77 G.	„	3 1/2% dto.	94 P.
„	5% do. 1859 „ „	76 3/4 P.	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	101 1/8 P.
„	5% Lomb. i. S. b. R.	— —	„	4 1/2% dto.	101 1/8 P.
„	5% Venet. C. b. R. 6/7	77 3/4 P.	„	4% dto.	98 7/8 P.
„	5% Nat.-Anl. 1854	63 3/8 b.	„	3 1/2% dto.	91 3/4 P.
„	5% Met.-Obligat.	57 3/8 P.	Brschw.	3 1/2% O. b. R. à 105	90 3/4 P.
„	5% do. 1852 C. b. R.	57 3/4 P.	Lrbg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. C.	90 1/8 P.
„	4 1/2% Met.-Oblig.	50 3/4 P.	Frankf.	3 1/2% Obligation.	97 G.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	102 3/4 G.	„	3% dto.	90 1/4 P.
„	4 1/2% do.	— —	Rußl.	5% Obl. in L. à fl. 12	85 3/4 P.
„	4% do.	— —	Finnl.	4 1/2% Obl. i. R. à 105	85 1/4 P.
„	3 1/2% Staatsch.	— —	Span.	3% inl. Schuld	50 3/8 P.
Bayern	4 1/2% 1jährig.	101 1/8 G.	„	2% Schuld	45 3/4 P.
„	4 1/2% 1/2jährig	101 1/2 P.	Belgien	4 1/2% O. i. Fr. à 28 kr.	100 1/4 P.
„	4% 1jährig	99 1/2 P.	Italien	5% Rente Fr. à 28.	— —
„	4% 1/2jährig	99 5/8 P.	Schwd.	4 1/2% Obligation.	94 P.
„	4% Ablös.-Rente	— —	„	4 1/2% Pfbf. b. B. & C.	93 3/4 G.
„	3 1/2%	— —	Schwz.	4 1/2% C. O. Fr. à 28 k.	— —
Wrtbg.	4 1/2% Obl. b. Rth.	104 1/8 G.	„	4 1/2% Bern. St.-O.	101 1/8 P.
„	4% dto.	101 1/4 P.	„	4% dto.	— —
„	3 1/2% dto.	95 P.	„	5% Gf. St. O. Fr. 28	96 1/4 G.
Baden	4% Obligation.	100 P.	N.-Am.	6% St. i. D. à fl. 2. 30	— —
„	3 1/2% dto. v. 1842	93 P.	„	5% do. 1871 u. 74	— —

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R 1839	114 3/4 P.
„ 250 „ „ 1854	70 3/8 G.
„ 100 „ Pr. L. 1858	132 1/4 P.
„ 500 „ v. 1860 6/7	74 7/8 b.
3 1/2% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	9 1/2 P.
Bad. 50-fl.-Loose	112 P.
„ 35- „ „	52 1/4 b. G.
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	53 3/4 P.
Gr. Hess. 50 fl. L. b. R.	129 1/2 G.
„ 25 „ „ „	39 P.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	38 1/2 G.
Sard. 36 Fr. L. b. B.	58 1/2 P.
Mail. 45 Fr. L. b. R.	34 P.
3% L. A. d. St. Brüss.	95 P.
2 1/2 Lütt. Pr. O. b. G.	34 1/2 P.
3% Bordeaux 100 Fr	88 3/8 P.
Ansb.-Gunzenh. L.	11 3/4 P.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	k. S.	99 1/4 G.
Antwerpen	„	93 G.
Augsb. 24 fl. 100	„	99 7/8 B.
Berlin	„	105 B.
Bremen	„	96 1/4 B.
Brüssel	„	93 G.
Cöln	„	105 B.
Hamburg	„	88 1/4 G.
Leipzig	„	104 3/4 G.
London	„	117 1/2 B.
Maild. i. Fr. 200	„	92 7/8 B.
München	„	99 7/8 B.
Paris	„	92 3/4 G.
Wien	„	95 3/8 G.
Disconto		4 1/2% G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 38	-39
Preuß. Frd'or.	„	9 56	-57
Holl. fl. 10 St.	„	9 44 1/2	-45 1/2
Rand-Ducat.	„	5 32	-33
20-Frankenst.	„	9 19	-20
Engl. Sover.	„	11 40	-44
Gold pr. Zpfd.	„	804	-9
Hh. Silb. p. Zpfd.	„	52 6	-36
Preuß. Cassch.	„	1 44 7/8	-45 1/8
Doll. in Gold	„	2 25	-26

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	133 1/4 G.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	49 3/8 P.
5% Oesterr. Bank-Aktien	745 G.	3% Oest. Süd. St. u. Lom. EB	50 3/4 P.
3% „ Cred. A. i. O. W.	171 b. G.	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	76 1/8 P.
4% Bayr. Bank à fl. 500	— —	5% do. neueste Emiss. 6/7	71 3/8 P.
3% Darmst. B.-A. à fl. 250	208 1/2 P.	5% Böh. W.-B. P. i. S. b. R 6/7	80 1/2 P.
4% Weimar. Bank-Aktien	87 P.	4 1/2% Hess. Ldwgsb.-Prior.	100 1/2 G.
4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	92 P.	4% Oest. Ld. 1. Pr.-O. i. Silb.	— —
4% Luxemb. Bank-Aktien	105 G.	5 „ „ 2. „ „	— —
Span. H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	4 1/2% Ldwh.-Berb. Pr.-Obl.	101 1/4 P.
Taunusbahn-Akt. à fl. 250	320 G.	4% „ „ „	97 1/4 P.
3 1/2% Frankf. Han. Esnb.-A.	95 1/2 G.	4 1/2% Rhein-Naheb. Pr. O.	98 P.
5% Oesterr. Staats-Esnb.-A.	185 G.	4 1/2% Frkft.-Han. Prior. O.	— —
5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/6	108 1/2 G.	5% Ital. R. 20% Enz. Fr. à 28	— —
Rhein-Nahe-Bahn	— —	4% Südd. Buk.-A. 30% Einz.	248 1/2 G.
4% Ldwh.-Berb. Eisenbahn	135 1/4 P.	Span. Cr. b. Pereire 70% „	— —
4 1/2% Pf. Mar.-Esb.-A. b. R.	104 1/4 G.	4 1/2% Bayer. Ostb. 30% „	107 7/8 G.
4 1/2% Bayer. Ostbahn-Aktien	108 P	3% Deutsch. Phönix 20% „	156 G.
4% Hess. Ludwigsbahn	— —	4% Frkf. Provident. 10% „	92 1/2 P.
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Akt.	— —	Frkf. Hypothekenb. 25% „	100 1/2 G.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

Mit einer Beilage.